

Preis der Einzelnummer 5 Grusch
Bezugspreis
Inland: 1 Monat 1 75 T. Pfd., 3 Monate 4.75 T. Pfd., 6 Monate 8 00 T. Pfd., 12 Monate 16.00 T. Pfd.
Ausland: 1 Monat 2.00 T. Pfd., 3 Monate 5.75 T. Pfd., 6 Monate 10.00 T. Pfd., 12 Monate 19.00 T. Pfd.
R-Mark oder Gegenwert Alles einschliesslich Porto. Inserate: 1. Seite 1 cm. 100 Grusch, 2. Seite 75 Grusch, 3. Seite 50 Grusch, 4. Seite 30 Grusch.
(Inlandspreise)
Geschäftsleitung: Schloßhane-Karakol Jokuachu, Saverio-Galeja-Gasse, Phoenixhaus.
Drahtanschr.: TurkPost
Fernspr.: Pera 1733
Postfach: Galata 269.

Türkische Post

تورکیه پوستی
آبونه
ایران: ۱ ماه ۱.۷۵ ریال، ۳ ماه ۴.۷۵ ریال، ۶ ماه ۸ ریال، ۱۲ ماه ۱۶ ریال
خارج: ۱ ماه ۲ ریال، ۳ ماه ۵.۷۵ ریال، ۶ ماه ۱۰ ریال، ۱۲ ماه ۱۹ ریال
R-Mark oder Gegenwert Alles einschliesslich Porto. Inserate: 1. Seite 1 cm. 100 Grusch, 2. Seite 75 Grusch, 3. Seite 50 Grusch, 4. Seite 30 Grusch.
(Inlandspreise)
Geschäftsleitung: Schloßhane-Karakol Jokuachu, Saverio-Galeja-Gasse, Phoenixhaus.
Drahtanschr.: TurkPost
Fernspr.: Pera 1733
Postfach: Galata 269.

3. JAHRGANG NO 96

Tageszeitung für den Nahen Osten

Konstantinopel, Freitag, 6. April 1928

Organ der Deutsch-Türkischen Vereinigung, Berlin, der Türkisch-Deutschen Handelskammer, Hauptsitz Frankfurt a. M. und der Deutschen Handelskammer in Wien.

Tagesspiegel.

Die englische Antwortnote ist in Kairo überreicht worden.
Der Reparationsagent Parker Gilbert ist in Paris mit Poincaré zusammengetroffen. Stresemann hatte mit Litwinoff in Berlin eine längere Aussprache.
Der König von Afghanistan ist in Paris eingetroffen.

Der türkisch-bulgarische Vertrag ratifiziert.

Sofia, 5. April (A.A.)
Nach Anhörung des Handelsministers Bobochowsky, der die vielfachen Vorteile des türkisch-bulgarischen Vertrages für den bulgarischen Handel hervorhob, und nach einer Rede Buroffs, der die weittragende Bedeutung des Vertrages für beide Nachbarländer besprach, ratifizierte die Kammer einstimmig den Vertrag.

Zum Erdbeben in Smyrna.

Wieder Ruhe und Ordnung.
Smyrna, den 5. April.
Der natürliche Zustand in Smyrna ist wieder eingetreten. Schulen, Banken, Fabriken usw. sind wieder eröffnet worden. Gestern sollen noch zwei Erdstöße stattgefunden haben, die aber keinen Schaden anrichteten. Ein Untersuchungsausschuss ist gegründet worden, der die beschädigten Häuser zu untersuchen hat. Die am meisten gefährdeten werden durch Ausweisung der Kommission vollständig zerstört werden.

Die Spenden.

Angora, 5. April (A.A.)
Der Ministerrat hat beschlossen, die Spenden an die Verunglückten von Smyrna durch den Roten Halbmond sammeln zu lassen. Von nun an können in allen Städten Spenden für die Verunglückten der örtlichen Direktion des Roten Halbmonds zugeleitet werden.

Der Prozess des Getreideankaufes.

Angora, 5. April (A.A.)
Der Untersuchungsausschuss für die Getreideankaufaffäre vernahm heute vor- und nachmittags Fikret Bey, der für die Errichtung der Mehlfabrik Gelder durch das Finanzministerium bezogen hat. Ebenfalls wurden der Generaldirektor der Mienenbank, Heireddin Bey und der Handelsdirektor Muchsin Bey verhört. Der Ausschuss wird am Sonnabend wieder zusammentreten.

Parker Gilbert bei Poincaré.

Paris, 5. April (A.A.)
Der «Exzelsior» berichtet, dass Parker Gilbert mit Poincaré gestern eine Unterredung über die Revision der deutschen Zahlungsverpflichtungen hatte.

Südslawisch-französische Schuldenregelung.

Belgrad, 4. April.
Blättern zufolge beschloss der südslawische Ministerrat die Tilgung der serbischen Vorkriegsschulden an Frankreich in Papierdinaren. Da Frankreich auf Zahlung in Goldfranken besteht, dürfte die Frage vor ein internationales Schiedsgericht kommen.

Der Ichsan-Prozess.

Die Antwort des Staatsanwaltes auf die Verteidigungsreden.

Angora, den 5. April.

In der heutigen Sitzung des hohen Staatsgerichtshofes hielt der Oberstaatsanwalt Jusuf Sia bei seine Antwortrede gegen die Angeklagten.
Er richtete zuerst seine Antwort gegen Ichsan Bey: «Ichsan Bey sagte in seiner Verteidigung, dass sämtliche Verschlüsse seitens des Ausschusses geprüft worden wären. Diese Prüfungen dauerten sehr lange und hatten nur den Zweck der Flendergesellschaft Zeit zu lassen. Dies beweist ebenfalls, dass diese Gesellschaft beavragt werden ist. Nach dem letzten Vorschlage von Flender hätte man die Dockbaugesellschaft befragen müssen ob sie den verlangten Preis unterbieten kann. Das weitere Aufschieben dieser Angelegenheit wäre für den Staat vom Schaden gewesen», würde nun der Exminister sagen doch möchte ich die Herrn darauf aufmerksam machen, dass gleich nach der Besprechung des Preises mit Flender, Ichsan Bey eine lange Reise antrat und der Vertrag erst nach seiner Rückkehr unterzeichnet worden ist. Die Errichtung einer Minenfabrik ist niemals als eine Unregelmäßigkeit angesehen worden, sondern wurde nur erwähnt, da der Bau dieser Fabrik von der Firma verschwiegen wurde. Hätte nicht ebenfalls durch Verhandeln in dieser Angelegenheit mehr Nutzen für das Vaterland geschaffen werden? Was es nicht eine Bevorzugung Flenders dass die Dockbaugesellschaft nicht davon in Kenntnis gesetzt wurde?»
Weiter führte der Staatsanwalt dann aus, dass die Übergabe nicht nach den Ausschreibungsgesetzen vor sich gegangen wäre und der Brief der Bestätigung der Übergabe an Flender nicht im Einverständnis mit Ismet Pascha geschrieben worden sei.
Ichsan Bey sagte, dass die Mitglieder des Ministerrates ebenfalls heute hier stehen müssten. Das ist nicht im geringsten berechtigt, da der Gerichtshof nicht das Verhandeln mit der Flendergesellschaft und die Verlängerung des Termins als die strafbare Handlung ansehe, sondern dass die im Zusammenhang mit diesen Beschlüssen geschehenen Unregelmäßigkeiten vom Marineminister nicht bemerkt worden waren. Der Paragraph, den Ichsan Bey anführt, dass nach dem Gesetz jeder Minister berechtigt wäre, Veränderungen irgendwelcher Art in Verträgen vorzunehmen, besagt jedenfalls im Annex, dass die Minister die alleinigen Verantwortlichen für von ihnen vorgenommenen, den Staat schädigenden Veränderungen seien.» Ferner betonte der Staatsanwalt, dass die Übergabe der Reparatur an St. Nazaire nicht zu Nutzen des Staates beschlossen worden sei sondern lediglich, weil Ichsan Bey seitens der Flendergesellschaft nicht den verlangten Verdienst zugebilligt erhalten hätte. Die Aussagen des Konitschali Nureddin Beys und Sabandschali Hakki Beys hätten dieses zur Genüge bewiesen. Auch hätte St. Nazaire im Voranschlag 53 0/0 als allgemeine Unkosten eingestellt. Flender dagegen 60 0/0. Dieser Umstand wäre sofort bemerkt worden daher habe Ichsan Bey das Risiko natürlich nicht übernehmen können. Dies wäre ebenfalls ein Grund der Übergabe an St. Nazaire gewesen. Er habe nicht etwa den Staat verdienen lassen wollen, sondern hatte nur grosse Angst davor gehabt, dass seine unregelmässigen Unternehmungen entdeckt würden. Die Verteidigung Ichsan Beys beruhe nur auf Annahmen und Bitten etwas Bestimmtes habe er nicht auf führen können. «Daher Bitte ich den Gerichtshof, schloss der Staatsanwalt, meine Anklage unverändert annehmen zu wollen. Ich erwarte das Urteil im Namen der allgemeinen Gerechtigkeit.»

Im Anschluss daran erhielten die Verteidiger von Sabandschali Hakki Bey und Konitschali Nureddin Beys das Wort. Der Staatsgerichtshof wird Sonnabend erneut zusammentreten.

Englands Antwort an Aegypten.

London, 5. April.

Die britische Antwort auf die letzte ägyptische Note wurde in Kairo überreicht. Sie weist darauf hin, dass nach Ablehnung des letzten englischen Vertragsvorschlages durch Aegypten wieder der alte Zustand bestehe.

London besteht auf den vier Reservepunkten.

London, 5. April (A.A.)
Lord Lloyd, englischer Oberkommissar in Aegypten überreichte Nabas Pascha die englische Antwort auf die ägyptische Note vom 3. März d. J.
Das Schriftstück beginnt mit der Erklärung, die Englische Regierung könne die ägyptische Note keinesfalls als ein Dokument anerkennen, das ein klares Bild der englisch-ägyptischen Beziehungen und der gegenseitigen Verpflichtungen gebe und definiert die tatsächliche Lage der Dinge wie folgt:
Durch seine Erklärung vom 28. Februar 1922 bestätigte die Regierung S.M. des Königs die Anerkennung von Aegyptens Unabhängigkeit unter der Bedingung, dass die vier in der Erklärung enthaltenen Hauptpunkte von Aegypten beobachtet würden.

Indem die britische Regierung den Inhalt der Regierungserklärung den fremden Regierungen zur Kenntnis brachte, gab sie diesen zu wissen, dass die Integrität und das Wohlergehen Aegyptens für den Frieden und die Sicherheit des britischen Imperiums notwendig seien, England immer an den besonderen Wechselbeziehungen zwischen beiden Ländern, wie sie festgesetzt und von den anderen Mächten anerkannt worden seien, festhalten werde.
Die Aufmerksamkeit der fremden Regierungen auf die Sonderbestimmungen der Regierungserklärung vom Jahre 1922 lenkend, erklärte die Britische Regierung; sie würde es niemals dulden, dass das anglo-ägyptische Verhältnis Gegenstand einer Kritik seitens dritter Staaten werde, die sie als einen unfreundliche Akt der Einmischung in die inneren ägyptischen Verhältnisse aufzufassen und auslegen müesse. Sie würde ferner jeden Angriff auf ägyptisches Gebiet als feindseliges Akt betrachten, gegen den mit allen verfügbaren Mitteln vorgegangen werden müsste.

Aus dieser Verantwortlichkeit heraus, die die englische Regierung auf Grund des Sonderverhältnisses zu Aegypten den fremden Regierungen gegenüber auf sich genommen habe, und in Anbetracht der lebenswichtigen Interessen, die das gesamte Imperium in Aegypten habe, hat sich die Regierung seiner Majestät vorbehalten:
1. Die Sicherheit der Verbindungsweg in ganz Aegypten zu gewährleisten.
2. Die Verteidigung Aegyptens gegen jedwede fremde Einmischung oder Angriff, ob direkt oder indirekt, zu übernehmen.
3. Den Schutz der fremden Interessen und Minderheiten in Aegypten und 4. Den Schutz und die Verteidigung des Sudan zu sichern.
Alle diese Vorbehalte und Vorrechte bleiben in Wirksamkeit bis zu dem Tage, an dem ein englisch-ägyptischer Vertrag diese Fragen regeln könnte.
Die Regierung Seiner Majestät sei der Meinung gewesen, eine derartige Lösung im Inhalte des Vertragentwurfes gefunden zu haben, der seinerzeit mit Sarwat Pascha verhandelt wurde.
Die englische Note schliesst dann mit den folgenden Ausführungen:
«Da die ägyptische Regierung diesen Vertrag verworfen habe, tritt automatisch der Inhalt der Erklärung von 1922 in Kraft, die heutige Situation unterscheidet sich daher nicht wesentlich von derjenigen, die im Zeitpunkt des Abbruchs der Verhandlungen zwischen Macdonal und Sagul Pascha bestanden hat, bis auf die Modifizierungen, die den Vertragsbestimmungen durch den Notenwechsel von November 1924 hinzugefügt wurden.
Grossbritannien wird sich auch weiterhin das Recht vorbehalten, die strenge Einhaltung der Erklärung von 1922 zu verlangen und wird in diesem Sinne vorkommendenfalls alle jene Schritte unternehmen und jene Mittel in Anwendung bringen, die ihn zur Erreichung dieser Absicht geeignet erscheinen.
Die ägyptische Regierung wird ihrerseits weiterhin in der Lage verbleiben, ihre unabhängigen Hoheitsrechte auszuüben unter der Bedingung, dass sie England durch strikte Befolgung der vier Haupt-Reservepunkte volle Genugtuung bietet.»

Der afghanische König aus London abgereist.

Paris, 5. April.
Das afghanische Königspaar reiste heute von London nach Paris ab.

Der König in ärztlicher Behandlung?

Berlin, 5. April (A.A.)
Der König von Afghanistan wird nach Berlin zurückkehren, um einen Halsspezialisten in Anspruch zu nehmen.

Russische Vorbereitungen für den Empfang Amanullah's.

Moskau, 4. April.
Das russische Empfangsprogramm für König Amanullah enthält eine Begrüssung durch die hohen Staatsfunktionäre der mohammedanischen Sowjetrepubliken eine Militärrevue, Manöver, Besichtigung von Fabriken und Rennen.

Japanisch-afghanischer Freundschaftsvertrag.

Berlin, 5. April.
In London wurde zwischen Afghanistan und Japan ein Freundschaftsvertrag unterzeichnet.

Afganistan beim Weltpostverein.

Berlin, 5. April.
Afganistan trat dem Weltpostverein bei.

Amerikanisch-schweizerischer Vertrag.

Berlin, 3. April.
Das Washingtoner Staatsdepartement übergab dem schweizerischen Gesandten einen Schiedsgerichtsvertrag nach dem Vorbild des mit Frankreich abgeschlossenen.

Aus Deutschland.

Revirement in den Aussenvertretungen.

Berlin, 5. April.
Nach Blättermeldungen wird am Ostersonntag im Auswärtigen Amt ein grosses Revirement bekanntgegeben werden, wovon mehr als 20 wichtige Aussenposten betroffen werden sollen.

Zaleskis Dank.

Berlin, 5. April.
Der polnische Aussenminister Zaleski dankte in einem Schreiben an den Königlich-berliner Oberbürgermeister für die freundliche Aufnahme während der litauisch-polnischen Verhandlungen und überwies gleichzeitig 1000 Mark für Wohltätigkeitszwecke.

Eine Chileische Botschaft in Berlin.

Berlin, 4. April (A.A.)
Die Chileische Regierung hat ihre Berliner Gesandtschaft zum Range einer Botschaft erhoben.

Kleine Nachrichten.

Hamburger Bürgerschaft.
Die Hamburger Bürgerschaft wählte den Sozialisten Leuteritz wieder zum Präsidenten und für den Kommunisten Gundelach den deutschen Volksparteiler Grovesmühl zum ersten Vizepräsidenten.
Die demokratische Reichstagsliste.
Auf der demokratischen Reichstagsliste für die Reichstagswahlen steht an erster Stelle Gertrud Bäumer.
Internationaler Lehrerverband.
Vom 14. bis 16. April tagt in Berlin die vor einem Jahr in London gegründete Internationale Vereinigung der Lehrerverbände, wozu eine ausserordentlich starke Beteiligung des Auslandes gemeldet ist.

Ein Geschenk deutscher Verleger.
Das Internationale Institut für Lehrerhöheren Schulen an der New-Yorker Columbia-Universität empfing am Mittwoch die auf einer Studienreise durch die Vereinigten Staaten befindlichen deutschen Pädagogen, wobei der Berliner Dr. Franz Hilker eine Sammlung von 500 Werken über deutsches Erziehungswesen als Geschenk der deutschen Verleger ankündigte.

Eine geschickelte Ozeanüberquerung.
Nach Meldungen aus Lissabon musste der deutsche Kapitän Homer, der den Atlantik von Lissabon aus im Ruderboot überqueren wollte, infolge Sturmes bei Kap Sagres landen.

Die Neuwahlen in Oldenburg.
Der Oldenburgische Landtag beschloss seine Auflösung für den 19. Mai und die Neuwahlen zum gleichen Termin wie die Wahlen in den Reichstag.

Dividende der «Transradio».
Die Deutsche Transradiogesellschaft für drahtlosen Ueberseeverkehr verteilte wieder eine 8 0/0 ige Dividende für das abgelaufene Jahr aus dem Reingewinne von 1390000 Mark.

Der Transportarbeiterstreik beendet.
Durch Vergleich wurde der Speditionsarbeiterstreik beendet.

Um die amerikanische Einwanderung.

Washington, 5. April.
Der Präsident Coolidge unterzeichnete eine Verordnung, die die gegenwärtige Einwanderungsquote ab 1. Juli um ein Jahr verlängert.

Washington 5. April
Der Einwanderungsausschuss des Repräsentantenhauses, wonach die Ver wandten der in Amerika heimatisierten Einwanderer zukünftig Zutritt zu den Vereinigten Staaten haben, ohne unter die Quote für die Einzelnen Länder zu fallen.

Letzte Nachrichten

Litwinoff bei Stresemann.

Berlin, 5. April (A.A.)
Der Reichsaussenminister Stresemann empfing heute Litwinoff, mit dem er eine längere Unterredung hatte. Der russische Botschafter Krestinski und Sektionschef von Dirksen vom Auswärtigen Amte nahmen an der Unterredung teil.
Blätterberichte melden, die Besprechung behandelte allgemeine politische Probleme, besonders die Ostfrage. Es sei anzunehmen, dass auch die Frage der Lönzverhaftungen berührt wurde, doch sei Litwinoff, der eben aus Genf komme, nicht in der Lage gewesen, nähere Auskünfte zu geben.

Der frühere italienische Botschafter Pausa gestorben.

Berlin, 5. April.
Aus Rom wird der Tod des früheren langjährigen italienischen Botschafters in London, Konstantinopel und Berlin gemeldet.

Ein Schweizer Sachverständiger für Persien.

Zürich, 5. April.
Der Direktor der Schweizer Schaffhauser Kantonalbank, Dr. Emil Walder, erhielt einen Ruf als Generalpostmeister nach Persien.

Ein Gesetz gegen die Korruption in Südslawien.

Belgrad, 5. April
Der radikale Abgeordnete und frühere südslawische Minister Petaschitsch arbeitete im Auftrage einer Gruppe Abgeordneter der Regierungsparteien ein Gesetz zur Bekämpfung der Korruption im öffentlichen Leben aus, wonach u. a. die Herkunft des Vermögens des höheren Staatsbeamten und der aktiven Politiker von amtswegen nachgeprüft werden soll.

Politische Wochenschau.

Konstantinopel, 5. April.

Lord Rothermere der von seinem Bruder, Lord Northcliffe, den Marschallstab der englischen Presse geerbt hat, hat mit Mussolini ein Gespräch gehabt. Es versteht sich von selbst, dass Mussolini die Gelegenheit benutzt hat, dem Lord die Vorzüge seines Regierungssystems zu schildern. Die Blätter Lord Rothermeres ziehen auch für die englischen Minister recht ungünstige Parallelen und bemerken dass Mussolini, der es bekanntlich fertig bringt, auf sieben Ministeresseln auf einmal zu sitzen, an einem Tag mehr Regierungsgeschäfte abwickelt, als alle englischen Minister zusammen, genosse in einer Woche. Es ist natürlich nicht allein die ausserordentliche Arbeitskraft, die Mussolini, wie Lord Rothermere sich ausdrückt, zu der markantesten Figur unserer Epoche stempt, auf die er wahrscheinlich einen ebenso bestimmten Einfluss ausüben würde, wie Napoleon am Beginn des neunzehnten Jahrhunderts. Das alles ist selbstverständlich nur beifügendes. Die Hauptsache, die das Gespräch mit Mussolini zu einem politischen Ereignis machte, bestand darin, dass Mussolini sich als offener Bundesgenosse Lord Rothermeres in seinem Feldzug zu Gunsten einer Rektifizierung der Grenzen Ungarns entpuppte. Dabei sprach er Worte, die nicht nur der kleinen Entente, als dem nächstbeteiligten Faktor, starkes Ohrensausen verursachten. Er sprach davon, dass ein Vertrag von Trianon gemeint sein, aber wer wird diese Einschränkung logisch finden—kein C r a b sei und dass es in der ganzen Weltgeschichte kein Beispiel gebe, dass ein Vertrag ewig unverändert geblieben wäre. Das waren ketzerische Reden, die in dem Kreis der Länder, die die Sakrosanktheit der Verträge von Versailles, St. Germain, Trianon u.a.w. zum Glaubensdogma erhoben haben, ein gelindes Grauen ausgelöst haben. Die französische Presse, die den Chor der Kleinen Entente-Mächte hinter sich hat, erklärt einmütig, dass Frankreich, Belgien und England an diesem Dogma nicht rühren lassen werden und dass jeder Versuch eine Revision irgend eines der Verträge von Versailles, St. Germain oder Trianon herbeizuführen auf das entschiedenste zurückgewiesen werden wird. Dagegen herrscht in Ungarn nach den Erklärungen Mussolinis eine gehobene Stimmung. Allerdings wird, wie der Abgeordnete Dr. Racsay im Budapester Parlament ausführte, bedauert, dass Mussolini nicht den Weg angegeben hat, auf dem eine Rektifizierung der ungarischen Grenzen erfolgen könnte. Alle Parteien im Land erstreben einmütig eine Revision des Vertrages von Trianon, aber über die Mittel und Wege, dies durchzusetzen herrsche Uneinigkeit. «Deutschland» fügte Dr. Racsay hinzu «hat sich bis jetzt zu keiner Gruppe der Grossmächte hingeschlossen, aber es unterliegt keinem Zweifel, dass es in der nächsten Zukunft die grosse, führende Macht auf dem Kontinent sein wird.»

Mussolini berührte in seinem Gespräch mit Lord Rothermere auch das Verhältnis Italiens zu Südslawien. Er erklärte kurz, dass Italien sich keine internationalen Konflikte leisten könne. Logischerweise müsste dies Wort auf Südslawien und die übrigen Balkanländer eine noch stärkere Anwendung finden. Denn die innerpolitische Lage dieser Länder, die mit jedem Tag unerfreulicher wird, trägt jedenfalls nicht zu ihrer Stärkung bei. In dem Krisenbild, das sie bieten, tritt ein ihnen allen gemeinsamer Zug hervor, der auf eine mangelhafte Verdauung der parlamentarischen Prinzipien schliessen lässt. Das ist vor allen Dingen der scheinbar blinde Kampf der Opposition, der nicht darauf gerichtet ist, durch eine konstruktive Politik an die Stelle der kritisierten Zustände bessere zu setzen, sondern der in dem Selbstzweck aufgeht, die bestehende Regierung zu vernichten. Der vielerfahrene greise Staatsmann Veniesolo, der früher selbst ein Umstürzler war, hat die Methoden der griechischen Opposition öffentlich verdammt und sich gewiegt weiter am politischen Leben des Landes teilzunehmen. Ganz ähnliche unorguliche Zustände herrschen auch in Südslawien. Die parlamentarische Gruppe, die Raditsch und Pribitchewitsch zu